



Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: Fodor, Stef.
Cím: Zur Gasfrage

Forrás: Pester Lloyd

Bp. 1908. v. 7.

(Hely) (Idő) (Köt. v. füz.) (Oldal)

Osztályozás

Tárgy

665.7

Hely

Idő

"1908"

Személy

Zur Gasfrage.

Von Stefan v. Fodor.

Budapest, 5. Mai.

Man will die Budapester Stadtgemeinde dazu veranlassen, ihre bisherigen vielverheißenden Experimente mit „städtischen Betrieben“ fortzusetzen und man meint, daß ein städtisches Gaswerk unbedingt ins Leben gerufen werden müsse. Um die Sache plausibel zu machen, führt man ausländischen Beispielen entlehnte gewichtige Ziffern ins Treffen und sucht mit denselben zu beweisen, welch bedeutenden Reingewinn städtische Gaswerke allüberall abwerfen.

Diese Paradeziffern haben aber nicht den geringsten Wert, wenn man nicht bei ihrer Vorführung gleichzeitig erläutert, in welchem Verhältnis das sogenannte „Reinertragnis“ zum Betrage des investierten Kapitals steht. Wenn beispielsweise rühmend erwähnt wird, daß das Wiener städtische Gaswerk in einem Jahre über vier Millionen Kronen Reinertragnis ausgewiesen hat, so ist man verpflichtet, auch gleichzeitig hinzuzufügen, daß im Wiener Gaswerke investierte Kapital über neunundsechzig Millionen Kronen beträgt, daß also das ausgewiesene Reinertragnis einer Verzinsung des Anlagekapitals von kaum 5,7 Prozent entspricht. Nach kaufmännischen Begriffen ist das gerade kein glänzendes Geschäft.

Zweitens muß man auch fragen, auf Grund welcher Besteuerung des Konsumenten die Reinerträge der städtischen Gaswerke zustande kommen. Die städtischen Gaswerke haben es an der Hand, ihr Reinertragnis nach Belieben zu erhöhen, denn sie können vom Konsumenten so hohe Gaspreise einheben, als es ihnen beliebt. Je höher der Konsumenten aufgezwungene Einheitspreis ist, desto zender wird das Reinertragnis. Vor zwei Jahren noch hat das Münchener städtische Gaswerk in ganz Deutschland den höchsten Reingewinn ausgewiesen, nämlich 74 Pfennige pro tausend Kubikmeter Erzeugung,

während das große Berliner Gaswerk bloß 32 Pfennige Gewinn erreichte. Dieser enorme Unterschied ist leicht zu erklären, wenn man hinzufügt, daß die Münchener Stadtverwaltung dem Konsumenten damals noch 23 Pfennige pro Kubikmeter Gas abnahm, während sich die Berliner mit 13 Pfennigen begnügten. Unter solchen Umständen kann auch für das Budapester städtische Gaswerk ein hoher Reingewinn prophezeit werden, es braucht nach Münchener Muster nur recht hohe Gaspreise einzuhoben.

Aber alles das, was die städtischen Gaswerke als „Reinertragnis“ ausweisen, ist noch immer nicht ein reines Ertragnis im kaufmännischen Sinne. Infolge konstanter finanzieller Schwierigkeiten sind die meisten Stadtverwaltungen genötigt, den Bruttoeinnahmen der städtischen Gaswerke so viel Bargeld als möglich zu entnehmen, und zu diesem Behufe muß vor den Bürgern

das Reinertragnis so hoch als möglich ausgewiesen werden. Wäre das Gaswerk in den Händen einer privaten Unternehmung, so würde es für diese Unternehmung, bevor sie überhaupt ein Reinertragnis ausweisen kann, die elementarste Pflicht sein, von den vorhandenen Investitionen die allgemein üblichen Abschreibungen vorzunehmen, um so mehr, als gerade Gaswerke einer raschen Abnutzung unterworfen sind und demzufolge reichliche Abschreibungen erheischen. Eine private Unternehmung würde alljährlich von dem Wert

der Retortenhöfen, Maschinen, Apparate, Gasbehälter, Gasmesser, Rohrnetz usw. durchschnittlich zumindest sechs Prozent in Abschreibung bringen. Die städtischen Verwaltungen aber kehren sich nicht an diese kaufmännische Pflicht, sondern sie gehen in bezug auf Abschreibungen auf die willkürlichste Weise vor, je nachdem sie aus dem Ertragnis des städtischen Gaswerkes einen höheren oder geringeren Betrag benötigen.

Wenn man daher die Reinertragsziffern, mit welchen die Freunde städtischer Gasverwaltung so gern paradien, auf ihren wirklichen Wert prüfen will, so hat

man vorerst zu fragen: Wie viel wurde als Entwertung des investierten Kapitals abgeschrieben?

Diese Frage ist bei manchen städtischen Gaswerken schwierig zu beantworten, denn es werden in deren Jahresabschlüssen Abschreibungen, Erneuerungsfonds, Verzinsung der Anleihen usw. in einen Topf geworfen und so manches städtische Gaswerk geht in der absichtlichen Verschleierung seiner Gestalt so weit, wie es von seiten einer privaten Unternehmung nimmer geduldet werden würde.

Aber selbst bei jenen Städten, wo sich die effektuierten Abschreibungen ganz genau konstatieren lassen, finden wir in der Anwendung derselben große Differenzen. Auf das gesamte Investitionskapital bezogen, variieren die Abschreibungen durchschnittlich von sechs Prozent bis herunter auf 2½ Prozent, je nachdem die Stadtverwaltung Geld benötigt.

Welch bedeutenden Einfluß der Prozentsatz der Abschreibung auf das ausgewiesene Reinertragnis ausübt, soll durch zwei Ziffern erwiesen werden. Es betrug im Jahre 1906/07 das investierte Kapital in Berlin 149, in Wien 69 Millionen Kronen. Wenn man daher in beiden Städten statt der vorschrittmäßigen 6 Prozent bloß 2 Prozent für Abschreibungen aufwendete, so könnte man mit diesem Kunststück in Berlin jährlich um sechs Millionen, in Wien aber um drei Millionen Kronen jährlich mehr Reinertragnis ausweisen, als man nach streng kaufmännischen Prinzipien ausweisen dürfte. Und tatsächlich gibt es genug Städte, welche sich dieses Kunststückes bedienen und bedeutend weniger als 6 Prozent abschreiben.

Es ist außerordentlich schwierig, aus dem Gewirre der städtischen Gasfinanzen irgend ein einheitliches Prinzip herauszulesen. In Zürich werden rund 4 Prozent der Investitionen für Abschreibungen verwendet, in Stutt-

gart bloß 2 Prozent vom Anlagekapital. In Köln wird bei einer Gesamtinvestition von 28 Millionen Mark ein runder Betrag von bloß 300.000 Mark für Abschreibungen und Erneuerungen verwendet, in Stockholm dagegen werden 4½ Prozent des Anlagekapitals, in Bremen 3 Prozent, in Barmen 3 Prozent für Abschreibungen reserviert. Wir müssen daher, um ein einheitliches Bild zu gewinnen, einen anderen Schlüssel suchen. Wir müssen alle die Posten zusammenfassen, die in den Ausweisen der städtischen Gasanstalten in widersprechendster Weise gruppiert werden, nämlich: Abschreibungen vom Werte der Investitionen und Rücklage derselben in einen Erneuerungsfonds, Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, sowie Verzinsung und Tilgung des Betriebsanlehensgeldern bestritten werden mußten.

Noch in vielen anderen Städten gilt das städtische Gaswerk als finanzielle Melkkuh, die unbarmherzig gemolken wird, solange noch ein Pfennig Barerinnahme da ist. Zur Erhärtung dieser Behauptung brauchen wir bloß die Worte des Oberbürgermeisters der Stadt Köln zu zitieren, der bei der letzten Statberatung die städtische Finanzlage als ernst bezeichnet hatte, weil man die wirtschaftlichen Betriebe der Stadt zu sehr für allgemeine Zwecke in Anspruch genommen habe. Der Oberbürgermeister sagt weiter: „Anstatt wie die Besitzer kaufmännischer Betriebe es tun, so viel Reserve anzulegen, daß sie daraus ihr Unternehmen weiter entwickeln können, hat die Stadt für Erweiterungen ihrer Betriebe nur beschriebene Fonds vorgesehen. Für erhebliche Erweiterungen und Neuanlagen fehlen ihr alle Mittel, so daß für besondere Fälle Anleihen in Anspruch genommen werden mußten.“

Und beinahe allüberall, wo das Gaswerk städtisch ist, zeichnen sich die Symptome der finanziellen Mißwirt-

schaft: die ungenügenden Abschreibungen, das künstliche Emportreiben des sogenannten Reinertragnisses, die Vergeudung der ohnedies schwachen Reserven für andere Zwecke. Und wenn dann die notwendigen Erneuerungen und Vergrößerungen vorgenommen werden sollen, müssen neue Anleihen aufgenommen werden. Das sehen wir in dem vielgerühmten Berlin, das sehen wir in Köln und ferner auch in Wien, wo trotz des viele Millionen betragenden angeblichen Reingewinnes zur Vergrößerung der Gaswerke ein neues Anleihen von dreißig Millionen Kronen aufgenommen werden muß. Und so kann man denn ruhig sagen: Wo es ein städtisches Gaswerk gibt, ist die unrationelle Ausbeutung desselben eine häufige Erscheinung. Statt das städtische Budget endgiltig zu entlasten, wird das städtische Gaswerk eine Ursache neuer Anleihen und trägt zur definitiven Verschuldung der Stadt in erheblichem Maße bei.

Wenn wir nun feststellen, welcher Betrag pro 100 Kubikmeter Erzeugung für Verzinsung, Tilgung und Abschreibungen aufgewendet wurde, so werden wir sofort den enormen Unterschied wahrnehmen, welcher diesbezüglich in der Gebarung der einzelnen städtischen Gaswerke existiert. Es wurden unter obigem Titel pro 100 Kubikmeter Erzeugung in Abschreibung gebracht:

in Königsberg	...	k 7.83	in München	...	k 2.57
" Zürich	...	k 4.56	" Breslau	...	k 2.51
" Stockholm	...	k 4.14	" Berlin	...	k 2.10
" Magdeburg	...	k 4.14	" Köln	...	k 1.92
" Kopenhagen	...	k 3.78	" Stuttgart	...	k 1.90
" Bremen	...	k 3.78	" Barmen	...	k 1.10

Die Erfahrung hat ergeben, daß bei einer nur halbwegs rationalen Gebahrung bei Gaswerken für Verzinsung, Tilgung und Entwertung zumindest vier Kronen pro 100 Kubikmeter Erzeugung reserviert werden müssen. Wir ersehen nun aus obiger Zusammenstellung, daß viele Städte dieser elementaren kaufmännischen Pflicht nicht nachkommen, unter obigem Titel um die Hälfte weniger reservieren und mit diesem Kniff das Reinertragnis auf

eine künstliche Weise heben.

Es steht somit als Tatsache fest, daß besonders in größeren Städten wie Berlin, München, Köln usw. als Ueberschuß der städtischen Gaswerke Beträge ausgewiesen werden, welche in Wirklichkeit kein Ueberschuß sind.

Es ergibt sich ferner aus manchen Ausweisen, daß einzelne städtische Gaswerke mit der Stadtkasse im Kontokorrentverhältnis stehen und letzterer für Entlehnungen bloß 3 Prozent Zinsen vergüten, während sich die Stadt selbst das Geld zu 4½ Prozent ausborgt. Es ergibt sich endlich, daß für die Tilgung des Anlagekapitals äußerst geringe Quoten aufgewendet werden, so daß die betreffenden Investitionen schon längst abgenützt oder ganz verschwunden sind, während das für dieselben aufgewandte Anleihen bestehen bleibt und beitem noch nicht getilgt ist.*)

Mit diesen Verschleierungen des wirklichen Reinertragnisses sind aber die Verirrungen kommunaler Mißwirtschaft noch nicht erschöpft. Das Wenige, was für Entwertung reserviert, respektive abgeschrieben wird, wird bloß auf dem Papier in den Erneuerungsfonds hinterlegt, aus welchem die Neuanschaffungen bestritten werden sollen. In Wirklichkeit aber wird auch diese unantastbare Reserve von der Stadtverwaltungen unbarmherzig gebrandschatzt. Ein einziges Beispiel unter vielen möge hier das Dunkel städtischer Betriebe erhellen.

Unter Passiva finden wir:

	Schuldbetrag pro Ende 1905	Tilgung im Jahre 1906	Die Tilgung beträgt in Prozenten des Schuldbetrages
K r o n e n			
60-Millionen-Kronen-Anleihen Investitionsanlehentonto der Gemeinde:	59,430.000.—	90.000.—	0.15
a) Betriebskapital	3,979,305.48	3,471.62	0.08
b) Anlagekapital	1,322,210.06	2,776.06	0.21

In München sollte der Erneuerungsfonds der städtischen Gaswerke am Ende des Jahres 1906 einen Barbetrag von Mark 1,199,492.68 ausmachen; in Wirklichkeit aber waren bloß Mark 167,292.40 tatsächlich vorhanden. Die Erklärung hierfür ist, daß man während vier Jahre den Erneuerungsfonds in der Bilanz, d. h. auf dem Papiere wohl dotierte, die Beträge aber dem Fonds nicht zuführte, sondern dieselben „mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Depression“ für andere gemeindliche Zwecke verwendete. Dieses Vorgehen hatte zur Folge, daß selbst die allgeringsten Erzeugungen abgenützter Maschinen statt aus den laufenden Einkünften aus